

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anstalten
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich,
Sonderausgabe Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise
für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 20 Goldpfennige, aus
mässige Anzeigen 30 Goldpfennige,
Kleinanzeigen 40 Goldpfennige,
ausserhalb Aues 1 Goldpfennig,
sonstige je 25 Goldpfennige.

Telegramme: Aueblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 124

Dienstag, den 1. Juni 1926

21. Jahrgang

Aufstand in ganz Portugal.

Lissabon, 29. Mai. Der Präsident der Republik erklärte den Führern der politischen Parteien, daß er der gegenwärtigen Regierung das Vertrauen bewahre. Diese verfüge über die nötigen Mittel, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. General Feres bereitet einen Angriff auf die Auswärtigen in der Gegend von Braga vor. Zwei Regimenter, das eine von Braga, das andere von Evora kommend, marschieren gegen Lissabon. Die Regierungstruppen konnten nicht gegen die meuternden Regimenter geschickt werden, da die Eisenbahngesellschaft sich geweigert hat, dieselben zu befördern. (?)

Zahlreiche heute vormittag hier vorliegende Kavalmeldungen über den Aufstand in Portugal besagen, daß dieser doch ernsterer Natur zu sein scheint, als man bisher hätte annehmen können. Der Präsident der Republik hat die vom Ministerium angebotene Demission angenommen. Er will nunmehr Schritte unternehmen, um ein nationales Ministerium zu bilden.

Paris, 30. Mai. Wie eine Havasmeldung aus Lissabon besagt, haben die Truppen von Lissabon und Porto sich der Aufstandsbeziehung angeschlossen, die somit den Charakter einer Volksbewegung angenommen habe. Man erwartet in Lissabon das Eintreffen des revolutionären Ausschusses, der dem Präsidenten der Republik die Liste der Mitglieder der neuen Regierung überreichen werde. Die republikanischen Streitkräfte sorgten für die Sicherheit. Es herrsche vollständige Ruhe. Die Bewegung habe sich auf das ganze Land ausgebreitet. In einem Interdikt habe der General, der an der Spitze der Bewegung stehe, erklärt, er wolle eine Militärregierung bilden, die jedoch nicht militärisch sein solle. Auf diese Weise solle vermieden werden, daß die Revolution irgendeiner politischen Partei zugute kommen soll. Die unversöhnliche Auflösung des Parlaments sei nach Ansicht des betreffenden Generals notwendig, denn die Tätigkeit des Parlaments sei für die Interessen des Landes schädlich gewesen.

Die offizielle Übergabe Abd el Krims an den Sultan von Marokko.

Paris, 30. Mai. Heute vormittag fand in Taza die offizielle Übergabe Abd el Krims an den Sultan von Marokko statt. Abd el Krim wird zunächst in Fes interniert. Nach der Unterwerfung der Beni Zermal, eines der maßgebendsten Stämme im Rif, ist nunmehr die gesamte französische Zone in Marokko außer Kampftätigkeit.

Gegenüber anders lautenden Zeitungsmeldungen wird amtlicherseits die Zahl der Gesamtverluste der französischen Truppen an Toten in der Zeit vom 15. April 1925 bis 25. Mai 1926 mit rund 1500 bekanntgegeben.

Der spanische Vormarsch in Marokko.

Paris, 30. Mai. Nach einer amtlichen Mitteilung aus Madrid sind spanische Truppen in das Gebiet der Borkoja eingedrungen und beherrschen nunmehr die gesamte Hochebene von Mit Kamara bis nach Urbas.

Englands Kampf mit dem Kohlenmangel.

London, 30. Mai. Der „Sunday Times“ zufolge wird die Regierung für den Fall, daß der Kohlenstreik andauert, Vorkehrungen treffen, um für die mit Lahmlegung bedrohten Industrien Kohle einzuführen. Man erwarte hierbei keine Schwierigkeiten seitens der Eisenbahnerunion. Das Blatt glaubt zu wissen, daß bei den Bergleuten die Stimmung für eine Rückkehr zum Achtstundentag wächst. Dieser optimistischen Auffassung des Blattes steht allerdings die Tatsache gegenüber, daß der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Coof gestern neuerdings seine Erklärungen wiederholt hat, daß die Bergleute einer Herabsetzung der Löhne oder einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht zustimmen würden, bevor alle ihre Kampfmittel erschöpft seien. — „Observer“ tadelt Baldwin, weil er den Bergwerksbesitzern zwar eine scharfe Rüge erteilt, aber wirklichen Druck nur auf die Bergleute ausgeübt habe und fordert ihn auf, sich mit dem gemäßigten Flügel der Bergleute in Verbindung zu setzen.

Ausfahrungen in Schanghai.

Schanghai, 30. Mai. Die Befürchtung, daß am 1. Juni des Jahres der Tumulte in Schanghai vom Jahre 1925 neue Unruhen entstehen würden, hat sich bestätigt. Einige Ausländer sind vom Pöbel überfallen und geschlagen worden. Die Volksmenge hat auch mit Steinen Angriffe auf die Straßenbahnen gemacht. Die Polizei, die äußerste Zurückhaltung beobachtete, war völlig Herr der Lage. Im Laufe des Nachmittags wurden einige wenige Verhaftungen vorgenommen. Es sind auf beiden Seiten keine Schüsse gefallen. Man hofft, daß sich die Tumulte auf den heutigen Tag beschränken werden.

Vor einer Einigung in der Mossulfrage.

London, 30. Mai. Reuter meldet aus Konstantinopel: Nach Blättermeldungen stehe eine Einigung in der Mossulfrage bevor. Danach würde die Türkei die Brüsseler Linie annehmen und einen Neutralitätspakt betreffend den Irak abschließen. Ferner wird gemeldet, daß die Türkei einen Anteil an den Einkünften des Petroleumgebietes erhalten werde. Eine offizielle Meldung liegt aber noch nicht vor.

Aufhebung der Immunität Wulles.

Berlin, 31. Mai. Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Wulle gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ein Reichwehrosoldat im besetzten Gebiet verhaftet.

Wie die Blätter aus Worms erfahren, ist dort ein Reichwehrosoldat vom Reichswehrregiment 15 in Stuttgart, der, ohne von der Befehlshaberbehörde die vorgeschriebene Einreiseerlaubnis ins besetzte Gebiet zu haben, nach Worms gefahren war, von den Franzosen verhaftet worden. Als er sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen suchte, wurde er durch einen Schuß erheblich verletzt.

Die Voruntersuchungen wegen versuchten Hochverrats eröffnet.

Die „Montagspost“ erzählt, daß der Berliner Landgerichtsdirektor Neumann vom Reichsgericht mit der Führung der Voruntersuchung gegen die Personen betraut worden sei, die im Zusammenhang mit den Maßnahmen der preussischen Polizei des versuchten Hochverrats verdächtig seien. Die Ernennung eines Berliner Richters sei erfolgt, weil die meisten Beschuldigten ihren Wohnsitz in Berlin haben.

70 Anklagepunkte gegen Jürgens.

Berlin, 30. Mai. Die Voruntersuchung gegen Landgerichtsdirektor Jürgens steht nunmehr unmittelbar vor dem Abschluß. Die zu erhebende formelle Anklage dürfte Jürgens und seiner Frau annähernd 70 Fälle des Kreditbetruges, des Versicherungsbetruges und des Diebstahls bezw. Falschheides zur Last legen. Jürgens, der sich in Berlin in Haft befindet, bestritt nach wie vor jede Schuld. Ob die Hauptverhandlung noch vor den Gerichtsferien stattfinden kann, gilt angesichts des großen Umfangs des durchgearbeiteten Materials für zweifelhaft.

Reichsfinanzminister Reinhold auf dem Bundestag der Reichssteuerbeamten.

München, 30. Mai. Anlässlich der 6. Bundestagung des Bundes der deutschen Steuerbeamten fand gestern vormittag eine öffentliche Versammlung statt, die durch eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold eingeleitet wurde. Dr. Reinhold sprach namens der Reichsregierung die Anerkennung für all das aus, was die Steuerbeamten in den letzten Jahren für Reich und Vaterland geleistet haben. Der Reichsfinanzminister erklärte dann weiter, er könne verstehen, daß in der Bevölkerung in der gegenwärtigen Zeit wirtschaftlicher Not ein gewisser Unmut über die Steuern herrsche und daß sich die allgemeine Nervosität manchmal in unerfreulichen Explosionen Luft mache. Was man jedoch in den letzten Monaten an unberechtigten Angriffen gegen die Beamtenchaft erlebt habe, übersteige jedes Maß und Ziel. Diese Dinge gefährdeten auch die Staatsautorität aufs schwerste. Die außerordentlich wichtige und notwendige Arbeit der Steuerbeamten, für die ihnen so wenig gedankt werde, sei gerade das Fundament für einen festen und sicheren Wiederaufbau des Vaterlandes. Mit der Mahnung, einig zu sein in dem Gedanken, daß alle zusammen helfen müssen, um damit den Grund zu legen zur Wiederaufrichtung des deutschen Reiches in alter Größe schloß Dr. Reinhold seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Dr. Külz über schwebende Fragen der Reichspolitik.

Dresden, 30. Mai. Der Wahlkreisverband Dresdens der Deutschen Demokratischen Partei hielt am Sonntag in Dresden seinen Parteitag ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und Neuwahl des Vorstandes sprach Reichsinnenminister Dr. Külz über die schwebenden Fragen der Reichspolitik.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik habe sich der demokratische Kurs als der richtige erwiesen. Kennzeichnend für den Umschwung der Ansichten in den Ländern der früheren Gegner sei die Tatsache, daß Briand in der französischen Kammer vor kurzem betonte, auch die Deutschen hätten sich heldenhaft geschlagen und man müsse mit ihnen zu einer Verständigung kommen. Diese Erkenntnis hätte nicht erzielt werden können, wenn man in Deutschland die von der äußersten Rechten empfohlene Politik gemacht hätte. Es sei zu hoffen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sich ohne neue Panne vollziehen werde. Das unbefriedigende Ergebnis der Abrüstungskonferenz sei mit darauf zurückzuführen, daß die jetzige französische Regierung in Fragen der Innenpolitik auf die Unterstützung der Rechten in der französischen Kammer angewiesen sei und infolgedessen auch deren Wünsche hinsichtlich der Außenpolitik berücksichtigen müsse.

Zu den Fragen der Innenpolitik übergehend, führte Dr. Külz aus, daß hoffentlich der Reichstag der von der Reichsregierung eingebrachten Vorlage über die Abfindung der vormaligen Fürstentümer zustimmen werde, bevor der Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer statifind. Durch Annahme dieses Gesetzes werde der Volksentscheid selbst praktisch gegenstandslos werden. Eine dringliche Aufgabe sei die Neugestaltung des Finanzausgleichs mit den Ländern und Gemeinden. Es sei jedoch fraglich, ob dieser noch im Herbst erledigt werden könne.

Zur Frage der Demokratisierung der Verwaltung und der Reichswehr führte Dr. Külz aus, daß ursprünglich diejenigen alten Beamten und Offiziere nicht die schlechtesten gewesen seien, die sich nicht im Handumdrehen auf das neue Regime eingestellt hätten. Deshalb sei es auch richtig gewesen, eine gewisse längere Schon- und Ubergangszeit zu gewähren und Rücksicht auf das Empfinden dieser Beamten zu nehmen. Diese Ubergangszeit sei jetzt jedoch vorüber, und es müsse verlangt werden, daß sowohl die Beamtenchaft als auch die Reichswehr ein völlig zuverlässiges Instrument im Dienste der Republik seien.

Staatspräsidentenwahl in Polen.

Bei der Wahl zum Staatspräsidenten des Sejm erhielt Pilsudski 292 Stimmen. 61 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Da die absolute Mehrheit 243 beträgt, ist Pilsudski zum Staatspräsidenten gewählt. Pilsudski hat die Wahl nicht angenommen; es wird daher morgen eine zweite Wahl stattfinden.

Erklärung des Marschalls Pilsudski vor polnischen Pressevertretern.

Warschau, 30. Mai. Marschall Pilsudski sagte in seiner gestrigen Erklärung vor polnischen Parlamentariern und Pressevertretern u. a. wörtlich: Die Verhältnisse in Polen haben sich dezent entwickelt, daß ich es zu einer Nationalversammlung garnicht hätte zu kommen lassen brauchen. Ich werde keinen Druck ausüben, aber ich warne Sejm und Senat: Wählt keinen Parteimann zum Kandidaten. Sonst könnte ich Sejm und Senat vor der Strafe nicht schützen. Ich werde es zu verhindern wissen, daß in Polen ein Mann unter dem Terror von Schurken regiert, denn ich habe den Gaunern, Halunken, Wüßern und Lieben den Krieg erklärt. Der Sejm und der Senat haben ein Uebergewicht an Rechten. Sie sollen jetzt ausruhen, um den Regierenden Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was sie können. Was mich betrifft, so macht mir meiner Kandidatur, was Ihr wollt. Ihr könnt wählen, wen Ihr wollt, jedoch sucht einen würdigen Vertreter. Wenn dann der Präsident gewählt ist, so wird es gut sein, wenn die Herren auf eine gewisse Zeit auseinandergehen. Man muß dem Präsidenten die Freiheit geben, eine Regierung zu ernennen und jene Arbeiten in die Wege zu leiten, die dann später die Regierung vor dem Sejm beantworten wird. Ich will nicht den Vortritt hören, daß ich die begonnene Arbeit nicht bis zum Ende durchgeführt habe und die Reitsche nicht habe in den Straßen knallen lassen. Mein Programm hat das Ziel, das Gaunertum zu berringern und der Reibtheit den Weg zu bahnen. Der Gewählte muß daher die Augen hoch